

Schuhmacher-Fachblatt

Organ der deutschen Schuhmacher

Erforsche die Wahrheit.
Dann kommst du zur Klarheit.

Erscheint jeden Sonntag. — Abonnementspreis: pro Quartal durch die Expedition per Kreuzband bezogen 1.10 Mk., bei der Post 95 Pf. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen. Auch zu beziehen durch die Expedition in Götha. Kreuzbandbestellungen innerhalb Deutschlands und nach Oesterreich kosten 4 Exemplare a 1 Mk. 10 Pf. pro Quartal, 5 und mehr Exemplare a 85 Pf. pro Quartal; nach der Schweiz und dem übrigen Ausland unter 4 Exemplaren a 1 Mk. 80 Pf. pro Quartal, 4 und mehr Exemplare a 90 Pf. pro Quartal. — Das „Schuhmacher-Fachblatt“ steht in der Verlagspreisliste unter Nr. 6840. — Inserate werden mit 25 Pf. die dreispaltige Zeitspalte oder deren Raum berechnet. Bei dreimaliger Wiederholung 5 Prozent Rabatt, bei fünfmaliger 15 Prozent, bei zehnmaliger 20 Prozent, bei zwanzigmaliger 33 1/3 Prozent und bei jährlicher Aufnahme 50 Prozent Rabatt.

Nr. 45

Götha, 9. November

1902

Die 9. Jahresversammlung des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen.

In Hamburg tagte am 6., 7. und 8. Oktober die neunte Jahresversammlung des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen im deutschen Reich, die von 184 Delegierten aus 111 Kassen mit 1654278 Mitgliedern besucht war. Das reichsstädtische Amt in Berlin und die Hamburger Behörden hatten Vertreter entsandt. Auf der Tagesordnung standen folgende Verhandlungsgegenstände: „Alkohol und Krankenkassen“, „Fürsorge für Erholungsbedürftige“, „Arbeitslosigkeit und Krankenkassen“, weiter wurden Wohnungsenquete, die extremen Sonderbestrebungen der Ärzte z. behandelt.

Den ersten Gegenstand behandelte Dr. med. Schenk-Berlin, der seine Ausführungen in folgende Punkte einer Resolution zusammenfaßte:

1. Vom Standpunkte der Volksgesundheitspflege ist die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs von gleicher Wichtigkeit wie die der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten. 2. Die Krankenkassen, als ein wesentlicher Faktor in der Volksgesundheitspflege, sind in hervorragendem Maße zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs berufen. 3. Die Kassenärzte als die sachverständigen Berater der Krankenkassen und ihrer Mitglieder in Sachen der Gesundheitspflege, haben die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs zu fördern: a) Durch mündliche Aufklärung der Kassenmitglieder und der erkrankten Mitglieder und Verteilung zweckentsprechender kurzer Broschüren. b) Durch Einschränkung der Verwendung alkoholischer Getränke als Stärkungsmittel. c) Durch Aufstellung einer Statistil der durch Alkoholvergiftung bedingten Erkrankungen. d) Durch Ueberweisung schwerer Erkranker in eine Trinkerheilstätte. 4. Für erhöhte Inanspruchnahme ihrer Thätigkeit ist den Kassenärzten ein Entgelt zu gewähren. 5. Alle Maßnahmen der Krankenkassen gegen den Alkoholmißbrauch müssen von dem Grundsatze ausgehen, daß dem Alkoholismus als einer Volksseuche nur auf sozial-hygienischem, nicht auf moralischem Wege beizukommen ist. 6. Die Landes-Versicherungsanstalten haben die Krankenkassen in der Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs zu unterstützen und der vorbeugenden Behandlung von Kassenmitgliedern in Trinkerheilstätten ihr thätigstes Interesse in höherem Maße als bisher zuzuwenden.

In der anschließenden Debatte wurde über die Resolution teilweise bekräftigt, namentlich Punkt 5 und schließlich folgende Resolution von Prinz-Cottbus angenommen:

„Die neunte Jahresversammlung des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen hält es im Anschluß an die Ausführungen des Herrn Dr. Schenk für eine wichtige Aufgabe der deutschen Krankenkassen-Verwaltungen, der Bekämpfung des Alkohols fortlaufend das größte Interesse zu widmen und durch fortlaufende Belehrung der Kassenmitglieder dieses Interesse zu betätigen. Im weiteren hält es die Jahresversammlung für eine wichtige Aufgabe der Kassenärzte, auch ihrerseits die Mitglieder fortlaufend in entsprechender Weise auf die Gefahr des Alkoholmißbrauchs aufmerksam zu machen.“

Ueber den zweiten Punkt: „Fürsorge für Erholungsbedürftige“ referierte Dr. med. Klumfer-Frankfurt a. M. Er forderte diese Fürsorge als unentbehrliche Ergänzung der Krankenpflege, sei es durch Verabreichung von Stärkungsmitteln, durch Schonungsurlaub oder Unterbringung auf dem Lande oder in Erholungsstätten. Eine einseitige Bevorzugung bestimmter Krankheiten sei zu vermeiden und lediglich nach dem möglichen Erfolg der Kur zu entscheiden. Dies empfehle sich besonders zur Vorbeugung gegen die Tuberkulose. Bei Genesungshäusern sei die möglichst volle Ausnützung auch im Winter anzustreben. In der Debatte wurde die Errichtung von Genesungshäusern der Landesversicherungsanstalten als Aufgabe zugewiesen, da die Krise die Krankenkassen zu stark in Mitleidenenschaft gezogen habe und diese solchen neuen Lasten nicht gewachsen seien. Von anderer Seite wurde in der Debatte der Ausbau der Rekoneszenzpflege von der Wichtigkeit der Gründung von Kassenverbänden über den Bezirk der Aufsichtsbehörde hinaus abhängig gemacht. Eine entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme.

Der Referent über die „Arbeitslosigkeit und Krankenkassen“ war Professor Stieba-Leipzig. Der Referent behandelte das Thema gründlich nach allen Seiten, die verschiedenen Ursachen der Arbeitslosigkeit, deren Wirkungen auf die Krankenkassen, der Mittel zur Abhilfe dagegen, wobei er die verschiedenen Arten von Arbeitslosenversicherung besprach, aber was er dann als Ergebnis seiner Untersuchungen und Darlegungen präsenierte, war zwar quantitativ sehr viel, dagegen qualitativ, im Sinne positiver, praktischer und dragebarer Vorschläge verdammt wenig. Die von ihm aufgestellten Thesen lauten:

„Das Interesse für die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ist neuerdings durch den Rückgang in vielen Geschäftszweigen und die bei den Krankenkassen um sich greifende Simulation besonders wachgerufen. Eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit wäre an sich wünschenswert und segensreich, obwohl sie an Bedeutung hinter der Krankenversicherung zurücksteht. Es ist nicht möglich, die für eine Versicherung im modernen Sinne unentbehrlichen statistischen Grundlagen für eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu beschaffen. Auch sind in der praktischen Durchführung große Schwierigkeiten zu überwinden: Begriff der unverschuldeten Arbeitslosigkeit, Haltung bei Streiks, Vergütung nur für eine bestimmte Anzahl von Wochen im Jahr, Kontrolle u. s. w. Die in St. Gallen und Bern unternommenen Versuche, eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu organisieren, befriedigten nicht. Sie behätigten mehr Wohltätigkeit als Versicherung. Die finanziellen Erfolge der städtischen Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit beruhen auf bestimmten örtlichen Verhältnissen. Auch diese Kasse ist keine eigentliche Versicherungsanstalt. Die Arbeitslosigkeit ist im wesentlichen auf drei Gruppen von Ursachen zurückzuführen: a) Auf den Wechsel der Jahreszeiten. Für eine Versicherung in diesen Fällen müßten besondere Prämientarife aufgestellt werden. b) Auf die täglichen Vorkommnisse im geschäftlichen Leben. Es ist sehr fraglich, ob man es bei ihr mit einer regelmäßig in gleichem Umfange wiederkehrenden Erscheinung zu thun hat. Ein zweckmäßig organisierter zentraler, paritätischer Arbeitsnachweis wäre hier wirkungsvoller. c) Auf allgemeine und spezielle Krisen. An Regelmäßigkeit der Wiederkehr in demselben Umfange ist nicht zu denken, mithin auch kein korrekter Prämientarif aufstellbar. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in einer einzigen Reichsanstalt alle diese verschiedenen Risiken ausgeglichen gedacht werden könnten. Ein zuverlässiger Prämientarif würde sich aber selbst dann nicht aufstellen lassen. Das Reich als solches müßte das nicht zu umgehende Risiko auf sich nehmen. Mehr zu empfehlen ist eine im Anschlusse an den öffentlichen Arbeitsnachweis von der Kommune ins Leben zu rufende, reichlich zu dotierende Kasse nach dem Muster Kölns.“

Dieser Unentschiedenheit und, wir möchten fast sagen Unfertigkeit gegenüber hatten die folgenden Redner, wie Genosse v. Elm, die wissen, was sie wollen, einen leichten Stand zur Vertretung ihrer Ansichten. Er trat vor allem der Auffassung entgegen, daß die Krankenversicherung wichtiger sei, als die Arbeitslosenversicherung, da Arbeitslosigkeit unter Umständen schlimmer als Krankheit, auch größer, umfassender sei als diese. Der Mangel an statistischem Material dürfe von der Schaffung der Arbeitslosenversicherung nicht abhalten. Der einzige gangbare Weg sei, die Arbeitslosenunterstützung auf Grund der Gewerkschaften unter völliger Selbstverwaltung der Arbeiter aufzubauen. Die Krankenkassen in dieses Unternehmen hineinbeziehen, sei nicht angängig. Die Gemeinden könnten viel für die Arbeitslosen thun, durch Unterstützung der Arbeitsnachweise u. s. w. Aber die Leistungsfähigkeit der Gemeinde habe ihre Grenze. Es müsse deshalb das Reich eintreten und dieses müsse den Gewerkschaften die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Professor Stieba sehe darin die Gefahr des Organisationszwanges. Es sei das aber gar keine Gefahr, sondern ein zu wünschender Fortschritt. Es seien eine Reihe Zwangsorganisationen für die Unternehmer geschaffen, weshalb nicht für die Arbeiter? Jetzt sei freilich ein Organisationszwang noch nicht durchführbar, weil noch nicht die Majorität der Arbeiter organisiert sei. Sei das geschehen, so liege gar keine Gefahr darin, eine Minorität zum Beitritt zu den Organisationen zu zwingen. Schon jetzt hätten die Gewerkschaften, die die Arbeitslosenunter-

stützungen eingeführt hätten, gute Erfahrungen gemacht. Sehr vorteilhaft sei, daß die Gewerkschaften nicht nur lokale Unterstützungen, sondern auch für die Reise gaben. Auf dieser freiwilligen Grundlage könne man gutes bauen. Deshalb solle man allseitig die Berufsorganisationen unterstützen und fördern.

Fr. a. e. l. Berlin (Unternehmer) erklärt sich für die gemeinschaftliche Errichtung von Arbeitslosenversicherung nach dem Vorbild der Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung.

Der Referent erklärte sich in seinem Schlußwort für volle Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften, aber gegen deren Unterstützung aus öffentlichen Mitteln, da sie Kampfsorganisationen seien. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen:

„In der Erwägung, daß die Frage der Arbeitslosenversicherung ein zur Zeit noch nicht geklärtes Problem der Gegenwart bedeutet, daß es aber im dringenden Interesse der Krankenkassen als soziale Einrichtung liegt, an der Lösung des Problems mitzuwirken, erklärt die heutige Jahresversammlung, daß es darauf ankommt: 1. Daß statistische Grundlagen für die Durchführung der Arbeitslosenversicherung geschaffen werden. 2. Daß zur Entlastung der Krankenkassen durch eine Arbeitslosenversicherung nur eine Eingliederung der gesamten versicherten Arbeiter in die Arbeitslosenversicherung beitragen kann. 3. Daß die Arbeitslosenunterstützung mindestens die Höhe und Dauer der Krankenunterstützung erreichen müsse. Bei der Erlangung von statistischem Material ist von Reichswegen unter Mitwirkung derjenigen Stellen, welche bisher schon mit den Ermittlungen über die Lage des Arbeitsmarktes sich erfolgreich beschäftigt, nach einheitlichem Gesichtspunkt zu verfahren. Die Unterstützung der Krankenkassen, Gewerkschaften und sonstigen Korporationen, der Personen, aus Reichsmitteln und die Mitwirkung der Reichsbehörden bei den zu veranlassenden Erhebungen ist unerlässlich. Die Krankenkassen sind schließlich der Ansicht, daß die Arbeitsmarkt-Verhältnisse erst dann geregelt werden, wenn die größten Arbeitgeber: der Staat und die Gemeinde und Unternehmer zu Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung herangezogen werden.“

Es wird zur Beratung der noch zu erledigenden Anträge geschritten, von denen folgende angenommen werden: „Die deutschen Landesregierungen sind zu ersuchen, in allen Universitäten hydrotherapeutische Institute, wie ein solches in Berlin bereits durchgeführt ist, zu errichten und dieselben den Krankenkassenmitgliedern zur Benutzung zu öffnen.“ „Es sind Versteckkommissionen zu bilden zur Unterstützung der Krankenkassen-Mitglieder im Unfallverfahren.“ „Die Ortskrankenkassen des Deutschen Reiches verpflichten sich, behufs Anwendung der Errichtung von Betriebskrankenkassen und Bau-Krankenkassen den größeren Baugeschäften ihres Gemeindebezirks die Zusicherung zu geben, daß sie bei Ausführungen von Bauten an wechselnden Orten, auch wenn dieselben längere Zeit beanspruchen, die Versicherung ihres kassenpflichtigen Personals ausschließlich bei der Ortskrankenkasse ihres Hauptbetriebs bewirken können.“

Gegenüber den Forderungen der Ärzte an die Krankenkassen, die sie in einer Denkschrift an den Bundesrat niedergelegt haben, gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die Jahresversammlung des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen erblickt in den Beschlüssen des 30. deutschen Ärzetages, den Honorarbestimmungen bei den Krankenkassen die staatliche Taxe zu Grunde zu legen und Personen mit Gesamteinkommen über 2000 Mk. von der Krankenversicherung auszuschließen, den Ausfluß einseitiger Sonderinteressen.“

In Sachen der Wohnungsfrage wurde beschlossen: „Die Jahresversammlung ist der Ueberzeugung, daß die Krankenkassen der Ausbreitung der Volkskrankheiten am zweckmäßigsten durch eine Feststellung und eine Beseitigung der Wohnungsmißstände vorbeugen können. Die Aufstellung eines einheitlichen Schemas zur Konstatierung der Wohnungsmißstände ist dringend angebracht. Die Mißstände müssen von den Krankenkassen zur Kenntnis der Behörden gebracht werden. Die Krankenkassen haben die Verpflichtung, der Wohnungspolitik der Landesversicherungsanstalten ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Sie haben dahin zu streben, daß die Mitglieder in den Ausschuß und in den Vorstand dieser Anstalten gewählt

werden, die ein tiefgehendes Verständnis für die Wohnungs-
pflege haben. Der Krankenkassenverband ist ferner der
Meinung, daß erst ein Wohnungsvorbesitz, das heißt
von den Vertretern aller Parteien bestritten wird, die
Wohnungsmißstände beseitigen wird. Dazu wird ein
Amendement **Prinz-Kottbus** angenommen: „In An-
betracht, daß in Preußen bereits Gesundheitskommissionen
auf Grund des Kreisarzt-Gesetzes bestanden und solche
vorausichtlich auch intensiver als bisher ihres Amtes
walten werden, sollen die Ortskassen-Vertreter dahin
streben, daß ihre Vertreter zu diesen Kommissionen zu-
gezogen werden. Die Ortskrankenkassen-Verwaltungen
in Bundesstaaten, die zur Zeit solche Kommissionen noch
nicht haben, sollen dahin arbeiten, daß ähnliche Kom-
missionen auf gesetzlicher Grundlage geschaffen und zu
denselben Vertreter der Ortskrankenkassen hinzugezogen
werden.“

Weiter wurde beschlossen, die vor einiger Zeit von
Kampffmeyer in Berlin neugegründete „Deutsche Kranken-
kassen-Zeitung“ als Organ des Zentralverbandes der
deutschen Ortskrankenkassen zu erklären und die Be-
handlung von Heilstättenpflanzungen als Versuchssubjekte
für das Kossche Tuberkulin nur dann als zulässig zu
bezeichnen, wenn sich dieselben ausdrücklich damit ein-
verstanden erklären. Aus der Weigerung darf den Pa-
tienten keinerlei Nachteil erwachsen.

Die nächste Jahresversammlung findet in Breslau statt.

Aus unserem Beruf.

Gesetzwaide. Ueber die Hülsenfabrik von A. Prodi
ist bis auf weiteres die Sperre verhängt. Wir bitten den Zugang
auch weiterhin noch hier fernzuhalten.

Schmitz. Vor Zugang noch hier wird gemeldet, daß die
Firma **Auerwald** den organisierten Arbeitern angehörend
hat, sie sollten aus dem Verein deutscher Schuhmacher aus-
treten oder sie wären entlassen. — Die Arbeiterblätter ersuchen wir um
Abdruck dieser Notiz.

Wahlhausen i. Th. In der Hartung'schen Schuh-
fabrik sind bei den Widerern Differenzen ausgebrochen. Der Zugang
ist streng fernzuhalten.

Besen. Wegen einer Lohnbewegung ist der Zugang nach
hier fernzuhalten.

Ungsbürg. Bei der Firma **Joseph Stadler** sind
Differenzen ausgebrochen. Wir bitten die Kollegen (Schuharbeiter),
insbesondere die Kollegen **Windens**, den Zugang fernzuhalten, da
wichtige Arbeiter genannter Firma am 8. November die Arbeit
niederlegen.

Wilmarsens. In der Schuhfabrik von Leopold Hirsch sind
bei den Widerern Lohnforderungen ausgebrochen und zwar wegen
Lohnregulierung eines neu eingeführten Artikels und der For-
derung der Zwiider, die schiedlich bezahlten Artikel um 10 bis
20 Pfg. zu erhöhen. Die Einreichung der Forderung wurde von
Seiten des Fabrikanten mit Kündigung beantwortet. Es werden
sämtliche Zwiider ersucht, bei dieser Firma keine Arbeit anzu-
nehmen. — Neben dieser unangenehmen Mitteilung geht zugleich
auch eine alle Kollegen sicher im höchsten Maße erregende Nach-
richt um, daß die dortige Mitgliederliste sofort zummin-
dest seit dem 8. Dazial ist es unseren tüchtigsten Spitzenkollegen
durch eine intensive Hausagitation gelungen, 900 Mitgliederauf-
nahmen zu bewirken und hoffen unsere Kollegen, bis Neujahr
die Zahl der Mitglieder am Ort bis auf 3000 zu bringen. In
dieser Arbeit rufen wir den dortigen Kollegen ein herzliches Glück
aus. Erfolgreich, so schreibt man uns, wird uns die Agitation
durch die immer häufiger auftretenden Lohnforderungen und die
Gewinnung des neuen Fabrikantenverbandes. Unsere Wilmarsener
Kollegen verdienen aber fester Lob und Anerkennung.

Wilmarsens. In der Frankfurter Schuhfabrik kam es
am 11. Oktober zu einem Streit im Betrieb 11 (Godehard Welt-
betriebe). Die Ursache der Meinungsverschiedenheit lag in den fort-
währenden Lohnregulierungen, welche der Betriebsleiter Herr
Krippendorff vorzunehmen beabsichtigte. Nachdem an drei Wochen
vorübergegangen waren, ohne daß eine dieser famosen Lohn-
regulierungen vorgenommen wurde, was in diesem Betriebe schon
etwas heißen will, sollte am 8. Oktober ein neuer Gehaltsrat
in Geltung treten. Die Kommission, welche mit dem Herrn Betriebs-
leiter unterhandelt, konnte ein Resultat nicht erzielen. Abends
sah eine Versammlung statt, in welcher beschloffen wurde, daß
wenn am Freitag früh die Lohnregulation nicht zurückgezogen
wird, sofort die Arbeit niedergelegt werden soll. Am Freitag
früh erklärte der Betriebsleiter, daß er fertig ist und nichts mehr
zu verhandeln habe, worauf von 125 Arbeitern und Arbeiterinnen
116 die Arbeit niedergelassen. Dieses einmütige Vorgehen der
Arbeiter führte dazu, daß in einer Verhandlung, welche mit
kurzer Unterbrechung von früh 1/2 Uhr bis abends nach 6 Uhr
dauerte und im Beisein des Kollegen Simon geführt wurde, eine
Einigung erzielt wurde, so daß am Sonnabend früh die Arbeit
wieder aufgenommen wurde. Der jetzt geltende Gehaltsrat wurde
auf ein Jahr — bis zum 1. November 1903 — mit einer vier-
wöchentlichen Kündigungsfrist festgelegt. Dieses gute Resultat,
welches dem einmütigen Vorgehen unserer Kollegen und Kolleginnen
zu danken ist (in diesem Betrieb sind alle Arbeiter organisiert),
sollte auch die übrigen Kollegen, besonders aber die Kollegen im
Hauptbetriebe anspornen, daß sich alle der Organisation an-
schließen, denn auch im Hauptbetriebe finden fortwährend Lohn-
regulationen statt, zum Teil solche, welche von den Meistern vor-
genommen werden, ohne daß die Direktion hiervon etwas weiß.
Dieser fortwährenden Verschlechterung der Lohn- und Arbeits-
bedingungen kann nur durch eine gute Organisation entgegen-
gewirkt werden. Darum hinein in den Verein deutscher Schuh-
macher.

**Die Auslieferung bei der Firma Oberle u. Treib-
mann in Dresden** ist nunmehr beendet. Es hätte angebracht
sein, einen kurzen Rückblick auf den Verlauf dieses den Arbeitern
aufgezwungenen Kampfes zu geben: 50 der besten Arbeiter wurden,
da sie eine anständiger Behandlung forderten, auf die Straße
gesetzt. Nach vierwöchigem Kampfe wurde von den Arbeitern
der Versuch gemacht, eine Einigung zu erzielen. Anstatt dessen
stellte die Firma noch die Forderung: Austritt aus dem Verband.
Diese Zumutung wurde von den Arbeitern, die alle organisiert
waren, mit Entschiedenheit zurückgewiesen, und der Kampf ging
weiter. Da die Firma wohl einsehen mußte, daß mit den Herren
Arbeitswilligen nicht viel erreicht werden konnte, so erklärte sie
sich nach achtwöchiger Aussperrung bereit, 11 Kollegen, die am
schwersten zu erzeigen waren, wieder einzustellen. Gleichzeitig
wurde die Forderung: Austritt aus dem Verband fallen gelassen,
worauf die 11 Kollegen die Arbeit aufnahmen. Da der größte
Teil der Aussperrten in anderen Fabriken untergebracht ist, so
bleiben nur noch neun Kollegen übrig. Von diesen sollen inner-
halb 14 Tagen noch fünf eingestellt werden. Die übrigen vier
sollen als Opfer kapitalistischer Mißgunst ihrem Schicksal überlassen
und nicht wieder eingestellt werden. — Die Firma dürfte ihren
Wunsch, die vier Opfer auszuweichen, nicht erreichen, da die
Organisation jederzeit für ihre Mitglieder eintritt. Einer von
diesen ist von der Firma selbst schon eingestellt worden, zwei sind

ebenfalls wo anders untergebracht, so daß nur noch ein Kollege
als Opfer eines elendlichen Kampfes um Erfüllung des Koali-
tionsrechtes übrig geblieben ist. — Hoffentlich hat die Firma aus
diesem von ihr unwillig heraufbeschworenen Kampfe die Lehre
gezogen, daß es doch besser ist, mit organisierten, brauchbaren
Kräften zu arbeiten als mit unorganisierten und minderwertigen.
— **Reins.** Nach achtjähriger Dauer ist der Streit bei
Waldmann zu unsern Gunsten beendet. Nachdem am Montag
nochmals eine 2 1/2 stündige Verhandlung stattgefunden, unterschrieb
Herr Waldmann den von uns geforderten Tarif mit nur wenigen
Abänderungen.

Berlin. Eine Lohnbewegung der Schiffschmiedemänner war
der Verhandlungsgegenstand einer Versammlung aller in der Schiffe-
fabrik tätigen Personen. In der Versammlung herrschte
vollkommenes Einverständnis darüber, daß bei einer etwaigen
Lohnbewegung für Schiffschmiedemänner ein Minimallohn von 24 Mk.
die Woche, Vorrichter 26 Mk. und Fußboden 40 Mk. zu fordern
ist. In dem Augenblicke, wo die Schiffschmiedemänner in die Bewegung
eintreten würden, sei auch für die Schiffschmiedemänner die Zeit
gekommen, sich derselben anzuschließen, da seit dem Jahre 1896
nichts zur Verbesserung ihrer Lage geschehen ist. Schließlich
schloß man, konkreter mit den Branchenvertretern, namentlich
mit denen der in Frage stehenden Schiffschmiedemänner, Agitations-
versammlungen einzuberufen und so die in Aussicht genommene
Lohnbewegung in wirksamer Weise vorzubereiten.

Der Achtstundentag in der Schuhindustrie. Unsere
Leser wissen, daß in England bereits laufende Modefabrik-
schmiedemänner den Achtstundentag und einen hohen Minimallohn haben
und zwar in den Gesellschafts- und in den Einzelhandels-
betrieben. Und auch in der amerikanischen Schuhindustrie
und erklärt sich dabei für den Achtstundentag mit nur einhalb-
stündiger Mittagspause; weiter führt er dann aus: „Es herrscht
jetzt nach jeder Richtung ein starker Zug vor nach Verkürzung
der Arbeitszeit, das Endresultat dürfte der Achtstundentag sein
und bis dieses Ziel erreicht ist, wird jedes andere System als
Verzicht aufgesetzt werden. Die kürzeste Mittagspause beträgt in
den meisten Fällen 1/2 Stunden, welche die Fabrik befähigt, die
Arbeit um 12 1/2 Uhr wieder beginnen zu lassen.“ Der Verfasser
betont in diesen Ausführungen eine durchaus richtige Auf-
fassung der Frage der Arbeitszeitverkürzung und es ist nur zu
wünschen, daß auf diese Weise die Fabrikantenpresse selbst die
Fabrikanten mit dem unvermeidlichen Ziel des Achtstundentages
vertraut macht.

Zur Geschäftsfrage der Schuhindustrie. Aus Leipzig
wird berichtet: „In der Schuhindustrie beginnt sich die all-
gemeine Lage freundlicher zu gestalten und man darf wohl an-
nehmen, daß die schlechteste Zeit nun glücklich überstanden ist.“ —
Dem Jahresbericht der Weimarer Handelskammer für 1901
ist über den Zusammenhang der allgemeinen Wirtschaftskrise mit
der Schuh- und Lederindustrie folgendes zu lesen: Namentlich
wurden in den letzten Monaten braune und schwarze Ober-
leder für Schuhfabrikation, die bis dahin flotten Absatz hatten,
besonders in geringeren und schwereren Sortimenten, immer mehr
vernachlässigt und wurden im Preise nachgeben. Die Folgen der
allgemeinen Krise zeigen sich erst jetzt an, sich in der Lederfabrikation
fühler zu machen und zwar aus dem Grunde, weil die arbeitende
Bevölkerung infolge mangelnden Verdienstes weniger Schuhwerk
konsumiert, die Schuhhändler infolgedessen ihre gefüllten Lager
beständen und deshalb den Schuhfabrikanten wenig oder keine
Aufträge erteilen konnten. Die Schuhfabrikation, wenigstens die
der groben Schuhwaren, war aus diesem Grunde nicht voll be-
schäftigt, konnte weniger Leder gebrauchen und verminderte sich
demzufolge die Nachfrage nach oben erwähnten Lederarten bis
zum Schluß des Jahres ganz auffällig, was selbstverständlich
auch einen entsprechenden Preisrückgang für diese Sorten im Ge-
folge hatte.

Wodurch man in Renturen gerät. Der Schuhmacher-
meister Meiß in Koblenz ist bankrott geworden und über die Um-
stände, die dazu geführt haben, wird folgendes berichtet: Die
Gründe des Zusammenbruchs sind wohl darin zu suchen, daß
M. zu geringe Mittel zur Verfügung hatte und infolge-
dessen viel mit Wechseln arbeiten mußte, auf der anderen Seite
auch das Lager für die Verfertigung etwas groß war. Es ist
ferner ziemlich Konturanz am Plage, und hat eben der Haus-
halt schließlich doch mehr gelost als das kleine Geschäft abwerfen
konnte. Daß M. große Ansprüche an Leben gemacht habe, wird
nicht angenommen. — Also offenbar ein ganz junger Mann, dem
nur die nötigen Mittel fehlten, um aufrecht zu bleiben. Soras
wiederum erhältlich, wie unmöglich es ist, in dieser kapitalistischen
Welt ohne Kapital Geschäfte zu betreiben.

**Die Frankfurter Schuhfabrik Aktien-Gesellschaft
vorm. Herz u. Ko.** berichtet über das Geschäftsjahr 1901/1902,
daß die Ausfuhr etwas gestiegen, dagegen der Umsatz im Inland
zurückgegangen sei, letzteres als Folge allgemein verminderten
Konsums, im wesentlichen aber auch außerordentlich ungünstiger
Witterungsverhältnisse während der Hauptgeschäftsjahre. Die
Produktion verfiel daher erhebliche Einschränkung, wobei die Lu-
sofen zwar saften, aber noch immer verhältnismäßig hoch waren.
Die Verwaltung schenkte diesem Punkte fortgesetzt ihre Aufmerk-
samkeit. Der Bruttoertrag ist mit 605 806 Mk. um 95 000 Mk.
geringer als im Vorjahr, der Reingewinn mit 200 874 Mk. um
82 000 Mk. Die Aktionäre erhielten 140 000 Mk. als Dividende
von 7 Prozent (10 Prozent). Ferner Zantienen und Gratifika-
tionen von 24 930 Mk. Der Unterhaltungsfonds erhielt 3674 Mk.,
um 1826 weniger als im Vorjahr. Die Ausgaben seien etwas
günstiger als im Vorjahr.

11 Unfälle sind in der Zeit vom 1. bis 11. Oktober aus
deutschen Schuh- und Schuhfabriken bei der Bekleidungsindustrie
berufsgenossenschaftlich gemeldet worden.

Aus dem Reichstag.

Die christlichen Volkswähler haben sich mit ihren Leber-
forderungen so verhalten, daß sie ohne Blamage nicht davon
kommen. Nachdem die Regierung durch **Sobaldowski** noch ein-
mal gewarnt, von den Leberforderungen abzulassen, stimmten sie
schließlich mit kompakter Mehrheit für die weiteren Erhöhungen
und Festlegungen von Minimallöhnen. Erst als sie sich gänzlich
wie in einem Engegebiet verannt hatten, erlanten sie allmählich
die Situation. In der Sitzung vom 30. Oktober, nachdem die
Zähler noch für die Erhöhung und Festlegung der Gütern-
erzeugnisse gestimmt, stellte Dr. **Wacht**, unterstützt von der sozial-
demokratischen Fraktion, die Verren auf die Probe. Er bean-
tragte, weil es nunmehr doch zweifellos sei, den Zolltarif und das
Gewerk weiter zu beraten, indem die Zolltarif ebenfalls fest an
ihren Beschluß zu fassen, wodurch die Regierungsvorlage ab-
gelehnt ist, die Regierung hat eben die Möglichkeit, keinen Teil
von ihrer Vorlage abzuweisen, den Reichstag so lange zu ver-
tagern, bis der Etat fertig ist. Nun erregte sich, was die Sozial-
demokraten längst vorausgesehen. Derselben Volkswähler stimmten
gegen diesen Antrag, wodurch sich die unentwegten tapferen Parla-
mentarier, unzulänglich geeignet sind und mit der Regierung ihren
Frieden schließen wollten.

Schließlich sagen sie sich, daß auch der in der Regierungsvor-
lage enthaltene Broden Zolltarif gar nicht zu verachten ist,
und kann man keine 1000 Millionen erlangen, so sind 500 Millionen
auch schon eine ganz passable Summe. Kopfzerbrechen macht den
Herren jetzt nur, wie sie den Umsatz maskieren, denn sie haben
ihren habgierigen Großbauern und Quisquilieren hundertmal ge-
schworen, diesmal mag auskommen, was da wolle, an ihrem
Tarife würden sie festhalten und lieber alles scheitern lassen, als
nachgeben.

Das ist, so sehr auch die bemühten und wehmühtigen Pfaffen
des Zentrums und die ritterlichen Junker im Frieden vor den
Mächtigen geist sind, doch nicht so leicht, denn alles Vertrauen
und aller Respekt muß doch vor solchen Phrasendreschern und
Maulhelden zum Teufel gehen.

Und was dann, wenn es der Opposition gelingt, auch den
Tarif der Regierungsvorlage, der wahrlich für die arbeitende
Bevölkerung noch übermäßige Lasten zu Gunsten der Agrarier
bringt, zum Falle zu bringen? Dann hätten die Agrarier nach-
gegeben, wären vor ihren Büffeln, vor dem ganzen Volke
blamiert und hätten noch nicht einmal die Entschuldigung, daß
sie den Landwirten wenigstens den Zolltarif der Regierung zu
nutze machen wollten.

Auch sonst stellen sich dem Gelingen des Zolltarifs noch
Schwierigkeiten entgegen. Das drückliche Zentrum, das den Ar-
beitern über 1000 Millionen abzulassen bereit ist, will diesen
ein Pfahler auf die Stunde legen und ca. 80 Millionen aus den
Zollentlagen zu Gunsten einer Wollens- und Wollentage festlegen.
Das will aber die Regierung nicht, weil sie das Geld für
den dem frommen Zentrum beschlossenen Militär- und Marine-
vermehrung braucht. Das militär- und marineschweres Zentrum,
das hier nachsich noch die Engel mit Märchenhauben malen läßt,
wird dabei glatt umfallen und den Arbeitern sagen: wir haben
euch geeizt, daß wir wenigstens den guten Willen hatten, das
muss euch genügen.

Nach der Antrag, wenn der Zolltarif Gesetz würde, alle
städtischen Steuern auf Lebensmittel abzuschaffen, vermehrt die
Schwierigkeit der Verständigung. Doch die Sucht nach persön-
lichem Profit überwindet schließlich alle diese Dinge. Weist noch
die Opposition, vor allem die sozialdemokratische Opposition, die
entworfen ist, der Volkswahrung durch den Zolltarif mit
aller Energie entgegenzutreten. Um diese Opposition mundtot
zu machen, sind diese Zollwandler sogar entschlossen, um ihrem
volksverräterischen Beschneide die Krone aufzusetzen, die Geschäfts-
ordnung des Reichstages umzuwälzen und die Minderheit an der
gründlichen Beratung der Vorlage zu hindern, weil die Herren
fürchten, daß die Redner der Sozialdemokratie die christlichen,
kommen augenverdrehenden Herren als das feindseligste, was
sie in Wirklichkeit sind — verdammene Getrebe des Volkes.

Praktische Winke für die Versicherten bei der Invaliditätsversicherung.

Das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz ist nun bald
12 Jahre in Wirksamkeit, ohne sich bis jetzt jedoch, auch nach In-
krafttreten der Novelle vom 18. Juli 1899, bei den breiten Massen
der Versicherten, namentlich bei den in der Industrie tätigen,
große Gegenliebe zu erwerben.

Die schon bei Einführung des Gesetzes überall vertretene
Anschauung, daß es für die Versicherten eine vollständig unzureichende
Arbeitslosensicherung bedeute, herrscht auch heute noch an. Man ging
und geht noch von der Ansicht aus, daß es dem nachstehenden
Arbeiter bei der intensiven Ausnutzung der Arbeitskraft, unter
hinlänglichem wirtschaftlichen Bestreben, wohl selten vorkommt
sein werde, das 70. Lebensjahr zu erreichen, um dann in den
Genuss einer Altersrente zu können. Auch bei frühzeitig
eingetretener Invalidität könnten die Versicherten im allgemeinen
noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit einen zweifelhafte Erfolg
ihrer im Dienste der Industrie verlorenen Erwerbserfähigkeit im
Bezug einer Invaliditätsrente finden.

Es kommt noch hinzu, daß die rein bürokratische Ver-
waltung, bei der den Versicherten nur ein mehr als bedingendes
Mißbehaltungsrecht eingeräumt wird, nicht gerade geeignet ist,
die ganze Versicherung der Versicherten als eine wirksame Arbeit-
losensicherung erscheinen zu lassen.

Obwohl nun diese angeführten Anschauungen ohne weiteres
begründet sind, so ist es trotzdem ein total verkehrter Standpunkt,
wenn die Versicherten, wie es thatsächlich häufig der Fall ist, sich
um ihre durch jahrelange Beitragsleistung erworbenen, ohnehin
schon kümmerlichen Rechte klammern und dadurch sich selbst oft
schwer benachteiligen. Schon der Hinweis darauf, daß ein
angemessener Anspruch auf Rente, bei dem sonst alle Voraus-
setzungen zurechen, nur daß zur Wartezeit vielleicht noch eine
Beitragsrente oder anrechnungsfähige Krankheitsrente fehlt, aus-
sichtslos ist und abgelehnt werden muß, sollte jeden Versicherten
veranlassen, darauf zu achten, daß für ihn alle geleisteten Beiträge
auch die entsprechenden Beitragsmarken gefeßt, oder Krankheits-
und Invaliditätsrenten, soweit zulässig, in Anrechnung kommen.
Es muß daher entschieden mehr der Standpunkt eingenommen
werden, daß gegenüber dem gesetzlich festgelegten Pflichten der
Versicherten diese auf ihre erworbenen Rechte strenge bedacht sind.
Der Versicherte kann sie sich nur späteren Nachteilen schenken. Die
Fälle, in denen den Versicherten wohl mit der größten Quantität
seiner Beiträge in Bezug gebracht werden, diese jedoch zur
Arbeitslosensicherung resp. Invaliditätsversicherung nicht rechtzeitig oder un-
genügend angemeldet wurden, sind gerade nicht selten, und wenn
dann nach Jahren ein Anspruch auf Rente erhoben wird und
dieses Verhältniss sich herausstellt, so sind die Beiträge meistens
verjährt oder der Arbeitgeber nicht mehr zu finden und können
die Beiträge nicht mehr nachgeholt werden. Dadurch müßten
schon häufig Invaliditätsrentenanträge abgelehnt werden, weil die
vorgelegte Zahl von Beitragsmarken nicht vorhanden war.
Dazu kommt noch, daß, wenn der Rentennehmer durch ärz-
liches Attest für invalid im Sinne des Gesetzes erklärt ist, dieser
überhaupt keine Rente mehr erlangen kann, weil nach eingetretener
Invalidität keine Beitragsmarken mehr gefeßt werden können,
trotz der betreffende Rentennehmer, dem vielleicht nur wenig
Beitragsmarken fehlen, alle seine Beiträge umsonst bezahlt hat.
Ist auch die eventuell zu erlangende Rente an und für sich
ungenügend, so ist aber der Bezug einer solchen doch immerhin
besser als gar nichts, umso mehr, als es wohl ein seltener Fall
ist, daß ein Arbeiter für bezahlte Zeiten einen nennenswerten
Vorteil zu erlangen hat.

Aber auch denjenigen Versicherten erwachsen Nachteile,
der zwar die vorgeschriebene Wartezeit für einen Rentenbezug nach-
weisen kann, der aber, weil er vielleicht durch Arbeitgeber nicht
rechtzeitig oder nicht genügend, das heißt mit einem zu niedrigen
Verdienst, angemeldet wurde, in Wirklichkeit mehr Beiträge ge-
leistet, diese aber nicht nachweisen kann, jedoch eben die Rente bei
der Berechnung der Grundrente und Steigerungssätze sich ent-
sprechend reduziert. Zu vielen Fällen ist es jedoch auch Schuld
der Versicherten selbst, wenn dieselben in ihren Rechten später ge-
fährdet werden, und zwar trifft das namentlich bei solchen zu, die
auf Reisen gehen, ihre Duitungsstellen nicht genügend vorzeichnen,
verleihen oder an ihrem früheren Beschäftigungsort zurückfallen.
Dadurch kommt es sehr häufig vor, daß für ein und denselben
Versicherten, der in verschiedenen Gebieten der 81 Versicherungs-
anstalten versichert war, Duitungsstellen bei verschiedenen Ver-
sicherungsanstalten deponiert sein können, die dann inzwischen ab-
gelaufen sind und ihre Gültigkeit verloren haben, weshalb auch
nicht mehr anrechnungsfähig sind. Es empfiehlt sich daher für
jeden reisenden Versicherten, daß er bei Austritt aus einer Ver-
sicherung sich seine Duitungsstellen abholt resp. geben läßt, und
darauf achtet, daß die folgenden Karten alle auf den Namen der
jüngsten Versicherungsanstalt lauten, auf welche die Duitungsstelle
Nr. 1 ausgestellt wurde. Alle späteren vollgestellten Karten werden
dann an diese Versicherungsanstalt eingeholt und dort registriert,
ohne Rücksicht darauf, in welchem Gebiet der 81 Versicherungs-
anstalten diese ausgestellt und vollgestellt wurden. Jede verloren
gegangene Duitungsstelle muß bei jeder zuständigen Behörde auf
Antrag erneuert werden, auch müssen die in der verloren ge-
gangenen Karte gefeßt gemessenen Beitragsmarken in die er-

neuer Karte übertragen werden, wenn diese nachgewiesen werden können.

Genso wichtig ist es, daß sämtliche Nachweise über Krankheitszeiten bis zur Dauer eines Jahres, sowie über alle militärischen Leistungen gesammelt resp. auf der Karte aufgerechnet werden, da diese Zeilen als Beitragszeit in der zweiten Lohnklasse aufgerechnet werden.

Des ferneren ist darauf zu achten, daß die Karte, bevor sie unglücklich wird, was nach Verfluß zweier Jahre, vom Tage der Ausstellung an gerechnet, bei der zukünftigen Höhe zum Umtausch kommt, sofern sie in Händen des Inhabers ist, wobei noch zu beachten ist, daß auf einer Karte innerhalb zweier Jahre mindestens 20 Beitragsmarken gefüllt sein müssen, da durch Nichtbeachtung dessen die Anwartschaft erlischt und erst wieder ausbleibt, wenn die vorgeschriebene Vorzeit wieder zurückgelegt ist. Wenn durch versicherungspflichtige Beschäftigung keine 20 Beitragsmarken innerhalb zweier Jahre gefüllt werden, so können die fehlenden, die bei jeder Posaufnahme gefüllt werden können, freiwillig gefüllt werden. Dies empfiehlt sich auch für alle diejenigen Versicherten, die durch Selbstkündigung aus der Versicherungspflicht ausgeschieden, vielleichst aber schon Jahre lang Beiträge entrichtet und Anwartschaft auf Rente erlangt haben, um sich so ihre Anwartschaft aufrecht zu erhalten.

Es kann nach dem Antrage wohl dahingehend resümiert werden: wenn auch das heilsame Gesetz keineswegs den Erwartungen und Forderungen entspricht, wie es die organisierte Arbeiterchaft mit Recht verlangen kann, so liegt es aber doch im Interesse der Versicherten, alles das zu beachten, was vor Nachteilen schützt, um sich so alle, wenn auch spärlichen Vorteile des Gesetzes nutzbar zu machen. Wenn dazu diese Zeile des Geheges nutzbar zu machen. Wenn dazu diese Zeile des Geheges nutzbar zu machen.

die Pflicht der Kollegen ist, die Organisation auszubauen, wird wohl jedem einleuchten und hoffen wir, daß die Kollegen nun endlich ihre Lage erkennen und sich wieder fest in unserer Organisation vereinigen.

Breslau. (Situationsbericht.) Die wirtschaftliche Krise, welche auch das Schuhmachergewerbe in Breslau arg in Mitleidenhaft gezogen hat, verdrängen die Fabrikanten ausgiebig auszumachen. In der Schuhfabrik von Dornbröf, wo fast längerer Zeit nach amerikanischem System gearbeitet wird, werden immer billiger Arbeiterkräfte gesucht und insofern müssen so manne Arbeiter, die längere Zeit dort beschäftigt waren, der Fabrik die Mägen fehren. Gewanelter Fortschritt besch im vorigen Jahr die Dreifachheit, bei der Militär-Handwerksliste vorzuziehen zu werden, mit der Behörde, daß dort zu hohe Löhne gezahlt werden, wodurch ihm ein Teil der besten Leute weggehe. Trotz alledem fand aber die Kollegen für die Organisation nicht zu haben. Nach anders verfährt man bei Strüemer, Schuhfabrik in Gräbigen-Breslau. Dort ist ein junger Herr Fiedler als Betriebsleiter angestiegen (früher in der Schuhfabrik Dornbröf tätig), dieser Herr verfuhr ein strenges Regiment zu führen, er suchte in der Provinz nach neuen Arbeiterkräften und droht den beschäftigten Leuten mit Entlassung, wenn sie nicht parieren. Die dortigen Kollegen werden kaum voll beschäftigt, müssen sogar Hungerlöhne auf Arbeit warten. Hier kann es sich nur um einen Anschlag gegen die organisierten Arbeiter handeln, kann man diese verdrängen, so erfolgt Lohnreduktion. Es wird deshalb eruchtet, den Zugang nach hier fernzuhalten. Die Kollegen aber, die uns nach fernsehen, mögen sich dem Verein deutscher Schuhmacher anschließen, dann wird es möglich sein, jeden ungeredten Angriff zurückzuweisen.

Bandau. Ueber die hiesigen Verhältnisse ist folgendes zu berichten: Vergangenen Winter arbeiteten nur zwei organisierte Kollegen hier, aber durch Agitation ist es gelungen von den 16 am Orte beschäftigten Gehilfen 18 für die Organisation zu gewinnen. In einem größeren Maßstabe sitzen insofern die Arbeitelöhne. Diesen Sommer reisten verschiedene Kollegen ab, deren Stellen zum Teil noch nicht besetzt sind. In der Schneefloherer von G. Geenen werden keine organisierten Kollegen mehr eingekleidet. Ein Kollege mußte ausdiesseiden werden, weil er keine Beiträge mehr bezahlte, es ist dies einer von denen, die 10 Mk. haben wollen, wenn die 10 Pf. bezahlt haben. Später kam er so weit, daß er seinen besten Freund Seyfert denunzierte, nachdem er abgereist war. Versammlungen konnten schon seit 2 bis 3 Mitglieder anwesend werden, weil immer nur 2 bis 3 Mitglieder an ihre Pflicht, wenn die letzte Kirchweih vorüber ist. Die Versammlungen finden jedoch erst und dritten Dienstag im Monat im „Waldhaus“ zum alten Feig“ statt.

Ottens. Am 20. Oktober fand eine Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: Abrechnung vom 3. Quartal. Demnach betrug die Einnahme und Ausgabe in der Hauptliste 317 Mk., die Einnahme in der Nebelliste 627,65 Mk., die Ausgabe 885,70 Mk., somit ein Kassensolvenz von 141,95 Mk. Beständig waren die Arbeiter der Firma O. M. Wolke in einem Ausstand getreten, welcher vorher nicht angemeldet war und deshalb vom Hauptvorstand nicht festgestellt und auch nicht unterstellt wurde. Auch unsere Nachbarn Altona und Hamburg hatten es abgesehen, uns zu unterstützen, damit waren wir uns selbst überlassen. Der Ausstand kostete unserer Filiale 319,60 Mk. Die Kosten wurden zum Teil aus der Lokalfasse gedeckt, wodurch unsere Kasse sehr geschwächt wurde. Es wurde von der Versammlung dem Vorstande angetragen, sich ein zweites Mal mit dem Gehilfen zu lassen. Man konnte wieder einmal recht drastisch sehen, mit welcher verächtlichen Weise die norddeutschen gegen die süddeutschen Filialen behandelt werden, denn die im Norden werden stets humaner behandelt, dagegen denen im Süden alles bewilligt. (?) D. H.) Sodann wurden noch die Verhältnisse unter den Schogarbeitern besprochen. Es herrschen trübselige Zustände in den Werkstätten, die aber durch ein geschlossenes Vorgehen der Kollegen schon launig besichtigt waren. So z. B. bezieht das Rohr- und Logiswesen beim Meister, beschließen auch die Sonntagsgarbei. Kollege Hermann aus Wahrenfeld führte ein recht behaunliches Bild aber die Schlaf- resp. Arbeitsräume vor Augen, welche nicht den unabweislichen hygienischen Anforderungen entsprechen. Die Gefellen kauften zu viert in einem Naam, welcher knapp für eine Person berechnet ist. Es sind ständische Zustände, die dort herrschen, aber durch die Unzeit der Kollegen immer tiefer wurzeln. Es wurde der Beschluß gefaßt, die Arbeitsbedingungen am Schiffe eines jeden Vertreters durch den Arbeiter resp. Unterführer einzuschlagen, um so die Zustände im Innern etwas näher kennen zu lernen. Auch sollen in Zukunft die Namen der Ausschlossenen im „Fachsblatt“ veröffentlicht werden. Für dieses Mal wurde nach „Waldhaus“ veröffentlicht werden. Für dieses Mal wurde nach „Waldhaus“ veröffentlicht werden. Für dieses Mal wurde nach „Waldhaus“ veröffentlicht werden.

Bismarsk. Wie bereits in der letzten Nummer des „Fachsblatt“ kurz mitgeteilt wurde, ist der Ausstand der Schuhmacher und Schuhneidern bei der Firma Krümmert zur Jurisdiktion der Arbeiter beendet worden. Dieser Schuhneiderei, welcher an und für sich eigentlich nur als unbedeutendes Vorkommnis in Anbetracht der vielen Betriebe und der hier beschäftigten vielen Arbeiter zu betrachten wäre, da er nur fünf Schuhneider betraf, wurde mit großem Interesse von der gesamten Arbeiterchaft von Anfang bis zum Ende verfolgt. Die drei Mal mit dieser Angelegenheit beschäftigten Versammlungen waren zahlreich besucht und eine große Zahl Arbeiter war am ersten Tage des Streiks vor der betreffenden Fabrik erschienen, um die Arbeitswilligen zu sehen, welche erscheinen sollten. Aber nur ein junger Schuhneider nahm die Arbeit auf, der bereits mittags wieder von seinem Bruder aus der Fabrik geholt wurde, so daß nur zwei Lehrlinge in der Schuhneiderei beschäftigt waren. Auch während der Dauer des Streiks war es dem Fabrikanten trotz aller Bemühungen nicht möglich, Arbeitswillige zu finden. Die Schuhneider haben durch den Kampf den Beweis erbracht, daß das Solidaritätsgefühl bei ihnen erwacht ist und daß sie endlich gewillt sind, gleich den übrigen Arbeitern, für die Verbesserung ihrer Existenz einzutreten. Mehr als die Arbeiter aber verfolgte dieser Streit die Fabrikanten in Aufregung und sofort wurde eine Fabrikantenversammlung von dem früheren Verbandsvorsitzenden, Herrn Kopp, durch vertrauliche Zettelart einberufen. Zur 50. dieser beschäftigten Gemüter hatten sich zu der vertraulichen Versammlung eingeladen. Anders gestaltet sich die Verhandlung der Fabrikantenversammlung, welche am Sonntag nach Beendigung des Streiks vom Verein deutscher Schuhmacher einberufen wurde. In diesem Strömten die Arbeiter und Arbeiterinnen herbei, dadurch bekundend, daß die Zeiten vorbei sind, wo die Arbeiterchaft von Firmajenen fast ausschließlich für ihre Interessen einzutreten. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Beendigung des Schuhneiderstreiks. Referent: Kollege G. Hölmermann. 2. Zweck und Ziel des Fabrikantenverbands. Referent: Kollege Adl. Kollege Hölmermann führte den Anknüpfen die ganzen Sachverhalte des Streiks von Anfang bis zum Ende vor Augen, bevor er sich es, daß durch das Verhalten des Fabrikanten die Arbeiter zum letzten Mittel, dem des Streiks, greifen mußten. Nur durch das mühseligste Zusammenhalten der in Betracht kommenden Arbeiter, sowie durch die Solidarität, welche sämtliche Schuhneider an den Tag legten, war es möglich, den Fabrikanten zu zwingen schon nach vier Tagen nachzugeben. Hier ist der deutlichste Beweis erbracht, was eine gute Organisation, selbst gegen die hartnäckigsten Fabrikanten, durchzuführen vermag. Redner forderte die Anwesenden ein, sei zur Organisation zu halten und für dieselbe zu agitieren, damit auch die Firmajenen Kollegen endlich zur Einführung der zehnjährigen Arbeitszeit Stellung nehmen können, die ja längst an allen anderen Schuhindustriestellen eingeführt ist. Einige einschlägige Unter-

nehmer haben aus eigenem Willen die zehnjährige Arbeitszeit eingeführt und fahren ganz gut dabei. Kollege Neiß führt in seinem Referat über Zweck und Ziel des Fabrikantenverbands aus, daß die organisierten Arbeiter es den Arbeitgebern gar nicht verzeihen, wenn sie sich organisieren, nur komme es darauf an, zu welchem Zweck dieser Verband gegründet werden soll. Schon aus dem Wortlaut der Einladung ist zu ersehen, was beabsichtigt wird, denn es heißt darin, daß es sehr notwendig ist, den bereits seit fünf Jahren zulebenden Fabrikantenverband mit seinen bewährten Statuten wieder ins Leben zu rufen, um den Uebergegriffen der organisierten Arbeiter Einhalt zu gebieten. Die bewährten Statuten empfehlen die schwarzen Listen, welche auch in der erwähnten Versammlung besonders Herr Kopp als das einzige Hilfsmittel empfahl, denn ohne schwarze Listen könnten die Fabrikanten nicht mehr auskommen. Schon vor zehn Jahren hätten sie die schwarzen Listen gegen die organisierten Arbeiter eingeführt und in einem Vierteljahr hätten sie Ruhe gehabt, also müßten sie auch diesmal wieder dasselbe thun. Der Referent erwartete von den Arbeitern, daß nachdem sie Kenntnis von dem Zweck des Fabrikantenverbands erhalten, sie die Absicht des Herrn Kopp, mit der nicht einmal alle seine Kollegen einverstanden sind, zu nichte machen werden. Im weiteren führte der Redner aus, daß, wenn von Uebergegriffen die Rede ist, diese von den Fabrikanten zu finden seien, denn nicht selten kommt es vor, wenn die Arbeiter ihr Recht in bescheidenem Maße zu wahren suchen, um den Fabrikanten aus dem Pfaster gelehrt werden, wie dies in letzter Zeit von der Firma Wegger u. Horst geschehen ist. Mit Recht haben sich die Arbeiter vor solchen Maßnahmen der Arbeitgeber zu schützen und dies können sie nur durch den Zusammenfluß im Verein deutscher Schuhmacher, weshalb es Pflicht eines jeden Arbeiters ist, sich dieser Organisation anzuschließen. Beiden Referenten wurde großer Beifall gezollt und eine Resolution angenommen, in welcher sich die Versammlung mit den getroffenen Vereinbarungen betreffs des Zehnjährigenstreiks einverstanden erklärt und trotz aller Einschüchterungsversuche die organisierte Arbeiterchaft sich nicht abhalten lassen wird ihr Recht zu erkämpfen. Nach Schluß der Versammlung traten sofort nahezu 100 Kollegen unserer Organisation bei, so daß der Verein zur Zeit 2000 Mitglieder zählt. Thue jeder seine Pflicht und es ist sicher, daß sich dann die Zahl bald verdoppelt.

Hofheim. In der letzten Versammlung am 25. Oktober wurde, wie laut Bekanntmachung in dieser Nummer ersichtlich, das Verammlungsstatut nach „Zehnjährigen“ verlegt. Dieser Schritt wurde unternommen, um genanntes Statut, das einzige mit Saal, welches der Arbeiterchaft zur Verfügung steht, uns auch für die Zukunft zu erhalten. Die Kollegen und Kolleginnen werden darum ersucht, die Versammlungen in Zukunft besser zu besuchen, als dies bisher der Fall war, da nun auch die Klagen über schlechte Lokalitäten beboden sind. Sind die Versammlungen gut besucht, so gestalten sich dieselben auch viel interessanter, durch ausgedehnte Diskussionen u. s. w. Unsere Zahlstelle hat jetzt die Mitgliederzahl von 160 überschritten, Kollegen, trotz dafür, daß die Mitgliederzahl sich in kurzer Zeit verdoppelt, denn es ist noch mancher Kollege und manche Kollegin für uns zu gewinnen, wenn jeder seine volle Schuldigkeit thut.

Straßburg. Vor einem Viertel Jahre ist es gelungen, auch hier eine Zahlstelle des Vereins deutscher Schuhmacher zu gründen, der sich insgesamt 26 Kollegen anschloßen. Diese Kollegen, die sämtlich der Werkstätten in der Bekleidungsindustrie angehören, haben sich dahin ausgesprochen, daß man mit den Völkern, die hier gehetzt werden, nicht ertragen und bleiben kann. So werden bezahlte: Herr Lorenz-Boden (Hauptarbeit) 4 Mk., 3,75 Mk., 3,50 Mk., 3,25 Mk., für Damen-Boden (Hauptarbeit) 3 Mk., 2,75 Mk., 2,50 Mk. Ja es sollen in einer Werkstatt am Heiligen Dorte für ein Paar Herren-Boden nur 2,75 Mk. und für Damen-Boden nur 2,40 Mk. gezahlt werden. Für Herren-Sohlen und -Abfälle werden im Durchschnitt 70 bis 80 Pf., für Damen-Sohlen und -Abfälle 60 bis 70 Pf. gezahlt. Denn man nun annehmen, daß im Jahresdurchschnitt 18 Mk. pro Woche verdient werden (ein junger Kollege, der bei dem Meister für vier in Arbeit fand, bezogte es nur auf 9 bis 10 Mk. pro Woche) und bedenkt, daß die Arbeitszeit 18 bis 16 und öfters noch mehr Stunden beträgt, so ist es bald unmöglich zu glauben, daß die Kollegen unter solchen Umständen existieren können. Dem wollen wir noch hinzufügen, daß auch hier die Fleisch- und Butterpreise enorm gestiegen sind. Was soll das nun erst werden, wenn der Hollarz Preis wird? Kollegen! Wir haben die Kraft, unsere traurige Lage zu verbessern, aber einzig müssen wir sein. Der Verein deutscher Schuhmacher tritt zur Förderung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen ein, sieht uns nicht länger gleichgültig gegenüber, sagt nicht, es nützt ja doch nichts, nun Kollegen, wenn es nichts nützt, wenn wir durch den Verein unsere Lebensbedingungen nicht verbessern könnten, dann wäre der Verein keine 2000 Mitglieder stark geworden. Darum Kollegen, tretet alle dem Verein deutscher Schuhmacher bei, denn es ist höchste Zeit, daß wir einig werden.

Stuttgart. Einige Streikrichter auf die Zustände in den beiden Leutberger Schuhfabriken zu werfen, dürfte für manchen Kollegen interessant, für die betreffenden Firmen aber notwendig sein, damit sie sich in dieser Beziehung selbst einmal sehen und ihren ihre großen Verfehlungen besser zum Bewußtsein kommen. Daß es wider die guten Sitten verstoßt, wenn man den Arbeitern das gesetzlich gewährte Koalitionsrecht verweigert, scheint Herr Schmalzried nicht anzuerkennen. Jedemfalls glaubt er, daß nur der Fabrikant die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bestimmen hat, die Arbeiter aber zu gehorchen haben. Da die Schmalzriedsche Arbeiter das Bestehende dieser Thallage gar nicht anerkennen, so wollen wir uns dabei auch nicht länger aufhalten, weil wenn sie sich bei Nicht an dem Gehalt der „Schmalzried“ einmal toll und voll tranken dürfen. Wohlthätig wie Herr Schmalzried ist, veranlaßt er öfters einen „Wohltätig guten Abend“, dessen Kosten er bestreitet und obenrein noch eine Rede hält. Jedemfalls erzählt er „seinen Leuten“, wie er es nur mit Gottes Hilfe aus rein gar nichts zu seinem heutigen Wohlstand gebracht habe. — Nach trauriger sind die Verhältnisse in der Fabrik von Gottlieb Riß. Dort ist es besonders der Protaritz Krämer, der in fesselreicher Weise regiert. Schon ein halbes Jahr warten die Arbeiter auf einen Tarif, auf erfolgter Vorstellung des Arbeiterschaftsflusses erklärte genannter Herr, daß er sich Vorordnungen nicht machen lasse und schon einen Tarif aufstelle. Derselbe wird aber wohl den Wünschen der Arbeiter nicht entsprechen. Sein erstes Wort ist: „Wem es nicht paßt kann gehen!“ Der Wertführer Reich, der den Kollegen in Münden, besonders aber in Kleinig gut bekannt ist, verzieht es ebenfalls meisterhaft, die Arbeiter zu schützigeln. Auch mit dem Protaritz hat dieser behändigt Streit, wobei dann die Arbeiter als Vorkämpfer für die Launen dieser beiden zu dienen haben. Daß unter solchen Umständen von den meisten Kollegen dieses Gebrodes schleunigst wieder verlassen wird, ist begreiflich. Ob Herr Riß Kenntnis davon hat, daß durch die Schuld seiner Ausschloßorgane so unerträgliche Zustände in seinem Betriebe herrschen möchten wir billig bezweifeln, er mußte jedoch in seinem eigenen Interesse auf die Beseitigung dieser Mängel dringen. Auch unseren Kollegen empfehlen wir, darauf Beacht zu nehmen. Daß dies nur durch die Organisation geschehen kann, ist selbstverständlich. Leider waren aber bisher alle Bemühungen, diese Kollegen in größerer Anzahl der Organisation zuzuführen, erfolglos. Wohl sind sie empört über die Behandlung, die sie täglich zu erdulden haben, waren aber bisher nicht fähig, für Besserung zu sorgen. Sollte auch in Zukunft keine diesbezügliche Aenderung eintreten, dann kann man mit Recht sagen: „Jedem gebührt die Behandlung, die er verdient.“

Die Agitations-Kommission.

Abkinnern, Vegetarier und Arbeiter-Organisation.

In Nr. 41 des „Fachsblatt“ finde ich einen Artikel, der obige Ueberschrift trägt. In wirrem Durcheinander behandelt der G-Artikelschreiber obiges Thema und zwar in einer Weise, die von wenig Sachkenntnis zeugt. Ich möchte hierbei gleich den Verfasser des Artikels auf den Widerspruch hinweisen, der den Kopf unseres Blattes ziert. Als Abkinnern fühle ich mich genugsam gegen jegliche Bequidung der Abkinnernbewegung mit dem Vegetarismus zu professieren. Wir Abkinnern haben als solche nur die Befämpfung des Alkoholismus als unser Ziel. Die Schäden des Alkoholismus sind so offensichtlich, daß ein mäßigster Blick in unsere Reihen genügt, um genügendes Material zum Kampfe zu haben. Es ist bedauerlich, daß man es immer wieder magt, mit alten Märchen an die Dummheit der Kollegen zu treten. Auch die Ausführungen des Schreiberer Kollegen zeigen, daß er von der Alkoholfrage wie von der Abkinnernbewegung bezüglich wenig versteht. Schon imstande ist durch nackte Thatsachen bewiesen worden, daß die Mär von der Nährkraft des Bieres nur durch die Alkoholuntersuchen in die Welt hinausposaunt wird. Herr Dr. G. Meiner, praktischer Arzt in Dresden, hat eine chemische Untersuchung des Bieres vorgenommen und stellte fest, daß ein Glas des gehaltvollsten Exportbieres (gleich 25 Pf.) keinen größeren Nährwert hat, als ein Eßlöffel voll Käsequart, der einen Wert von 1 Pf. hat. So sieht der Nährwert des gehaltvollsten Bieres aus, gelineweit der des billigeren.

Wenn aber der Artikelschreiber glaubt, daß der Arbeiter sich ohne Recht nicht kräftig und gesund erhalten kann, so mag er sich nur recht tief in die Anti-Alkoholbewegung vertiefen, er wird dann finden, daß gerade das Gegenteil eintritt. Alle Sportsmenschen, die an ihren Körper aussergewöhnliche Anforderungen betrieß Leistungsfähigkeit stellen, sie meiden jeglichen Alkohol. Pittosf Kanfen hat seine Verdopplung ohne jegliche Mitnahme von alkoholischen Getränken durchgeführt und nur dadurch war nach eigenem Ausspruch er und seine Begleiter imlande, die unangehörigen Strapazen zu ertragen. Dr. David Livingston, Afrika-reisender, äußert sich ebenso. Man könnte die Zahl bekannter Größen, die sich in demselben Sinne ausgesprochen haben, unendlich vervielfachen, doch will ich nur noch Julius v. Meibig, Chemiker und Naturforscher, Johann Wolfgang v. Goethe, Turner, vater Zahn und Charles Darwin, Naturforscher heranziehen. Die Thatsache, daß in den verschiedensten Abkinnern-Organisationen die Arbeiter aller Berufe, wie Maurer und Zimmerer, Schmiede und Schlosser, Spornschneidner, Dockarbeiter, Schuhmacher und Hafendarbeiter vertreten sind, sollte genügen, um den Aberglauben von der Unentbehrlichkeit der alkoholischen Getränke in Arbeiterkreisen zu brechen.

Doch zu einer andern Seite. So mancher Ungehörliche fragt entricht: Was geht denn den Gewerkschaften die Alkoholfrage an? Ich meine, die Gewerkschaftsprophe hat ein bedeutendes Interesse daran, Aufklärung über die Schäden des Alkoholgenusses in den Gewerkschaften zu verbreiten. Nichts verpöhrnert den Menschen mehr, als der neuwissenschaftliche Genuß alkoholischer Getränke. Ganz ist die Zahl derer, die im Individuellismus verharren. Die Benutzung des Alkohols als „Sorgenbrecher“ läßt sie außerhalb unserer Reihen stehen; der günstige Nährboden des Individuellismus ist der Alkoholismus, mit Hilfe des letzteren wird es dem Kapital noch lange gelingen, seine Arbeitsbienen auf ein möglichst niedriges Lebensniveau zu halten. Und darum lieber Kollege G. ist es unsere Pflicht, auch in dieser Sache in unseren Reihen Aufklärung zu schaffen. Wir Abkinnern aber sind stolz darauf, auch in dieser Weise dem Kapitalismus den Boden abzugraben. Zur Ergründung besserer Lebensbedingungen bedarf es geübter harter Arbeit und eines ferneren schenigen Geduldssinn und deshalb ist es eine gebieterische Pflicht, alle schädlichen Einwirkungen auf unseren Geist und Körper fernzuhalten. Die Kräfte wird aber, mit den Gewerkschaften, die sich auch innerlich kräftigen und heben werden, das Proletariat davontragen. Das ist unser Ziel. L K

Mitteilungen.

Barmen. Eine öffentliche, gut besuchte Versammlung der hiesigen Schuhmacher fand am Montag, den 27. Oktober im „Gewerkschaftshaus“ statt. Zum ersten Punkte der Tagesordnung referierte Kollege Bogental aus Köln über die Entwidlung der Schuhindustrie und deren Vegetarierheime. Redner erlaubte sich ferner Aufgabe zur vollen Zufriedenheit der Versammlung. Zum zweiten Punkte referierte Kollege Wespinger über die Verhältnisse in den hiesigen Werkstätten. Es seien jetzt drei Jahre seit unserer letzten Bewegung vorbei und ist die Organisation von 80 auf 40 Mitglieder herunter gegangen, daher erlitt es sich auch, daß die Meister jetzt die Preise dazu benutzen, um die Löhne zu kürzen, die Arbeitszeit zu verlängern und die Werkstätten schlechter zu machen. In der Werkstätte von Dickmann, Hofstraße 10, wird die Wunde in der Woche einmal gereinigt, dort werden 6 Stellen beschäftigt, welche wöchentlich eine tägliche Arbeitszeit von 16 Stunden haben. Der Wochenlohn beträgt 28 Mk. pro Woche, muß aber dafür für zwei Mann Arbeit leisten. Die Firma Kandfield, Kerpstraße 10, hat den Wochenlohn von 30 Pf. unter Tarif. Neuter bezahlt 55 Pf. (Tarif 80 Pf.). Sein Wochengehälde beträgt 24 Mk. pro Woche. Die Arbeitszeit währt von morgens 7 Uhr bis 9 Uhr abends. Kalb beschäftigt 2 Lehrlinge von 15 und 17 Jahren, welche wöchentlich nachzuarbeiten müssen. Wardenbach zahlt ferner Wesselen einen Wochenlohn von 8 bis 9 Mk. nebst Roh und Logis. Wollmann, welcher für andere Geschäfte arbeitet, zahlt 6 Mk. Wochenlohn. In der Distrikation schickerte noch ein Arbeiter von Dickmann die anständige Behandlung dort. Daß es unter solchen Umständen

Während des Druckes eingegangen:

— **Strahlend.** Bei der Firma A. S. & H. sind Lohnabzüge vorgenommen worden. Die Kollegen legen die Arbeit nieder. Zugig ist fernzuhalten.

Verein deutscher Schuhmacher.

Bekanntmachungen des Zentral-Vorstandes.

Unsere Bevollmächtigten in den verschiedenen Zählstellen, hat Lohnbewegungen, Lohnänderungen u. s. w. im Laufe d. J. festgestellt haben, ersuchen wir dringend, soweit es noch nicht geschehen, die Schlussberichte über den Ausgang der stattgehabten Bewegung einzulegen. Die Schlussberichtsformulare haben wir an alle in Betracht kommenden Bevollmächtigten versandt und hoffen wir, daß diese unsere Aufforderung, die ausgefüllten Formulare zurück zu senden, genügend wird, um unsere Bevollmächtigten zu veranlassen, ihrer Pflicht nachzukommen. Sollte der eine oder andere von den Bevollmächtigten das Schlussberichtsformular nicht mehr im Besitz haben, so möge derselbe umgekehrt solches von uns einfordern.

Da der Vorstand gegenwärtig die Zusammenstellung der diesjährigen Lohnbewegungen in Angriff genommen hat, ist es notwendig, daß wir recht schnell in den Besitz der gewünschten Schlussberichte gelangen.

Die Zählstellen, welche Schuhmacher-Kalender für das Jahr 1908 beschl. hatten, haben im Laufe der vergangenen Woche diese Kalender zugestellt erhalten. Wir machen nun darauf aufmerksam, daß wir noch im Besitze solcher Kalender sind und können eventuell Nachbestellungen sofort erledigt werden. Der Preis der außerordentlich unbilligen Kalender beträgt im Verkauf 50 Pf. per Stück und ist somit jedem Kollegen zur Anschaffung zu empfehlen.

Verloren wurden folgende Mitgliedsbücher, dieselben werden hiermit für ungültig erklärt: Nr. 14118, E. Schäfer, geb. am 2. April 1869, einget. in Schmiede am 15. Juni 1894; Nr. 446, B. Klein, geb. am 27. März 1881, einget. in Bremen am 20. Nov. 1899, zur Zeit in Karlsruhe; Nr. 20299, Adam Kaniel, geb. am 31. Januar 1882, einget. in Offenbach am 20. Nov. 1899, zur Zeit in Offenbach; Nr. 7022, Paul Schulz, geb. am 16. November 1871, einget. in Steintin am 1. November 1901; Nr. 80655, Robert Gabler, geb. am 11. Nov. 1877, zur Grabow, einget. in Steintin am 5. August 1901; Nr. 10820, Max Schulz, geb. 1864, zu Angermünde, einget. in Hohenburg am 4. April 1898; Nr. 7818, Joseph Engeler, geb. am 18. April 1884, einget. in Karlsruhe am 11. August 1902.

Der Vorstand.

Reinigungsarbeiten.

Coest. Die Reinigung wird durch Kollegen Wilhelm Selmers, Haberstraße 8, mittags von 12 bis 1 Uhr und abends von 7 bis 8 Uhr ausgeführt.

Burgen. Der 1. Vor. Robert Göhler zahlt die Reinigung mittags von 12 bis 1 Uhr und abends von 7 bis 8 Uhr aus.

Zur Beachtung.

Waut Beschl. der letzten Mitgliederversammlung finden von jetzt ab unsere familiären Versammlungen auf der „Bettinshöhe“ statt und zwar jeden zweiten Sonntag im Monat.

Der Vertrauensmann.

Bekanntmachung.

Allen Kollegen geben wir hiermit bekannt, daß unser Vereins- und Versammlungsort sich nicht mehr in „Stadt Wien“, Karls- und Gasse, sondern seit dem 1. November in „Schillerhaus“, Leipzigerstraße befindet. Sämtliche Gewerkschaftsversammlungen werden daselbst abgehalten.

Burgen, den 2. November 1902.

Die Ortsverwaltung.

Bekanntmachung

Nachdem die hiesigen vereinigten Gewerkschaften die Auszahlung der Renteinstellung zentralisiert haben, machen wir die zureichenden Kollegen darauf aufmerksam, daß solche vom Genossen S. L. b. e. r. n. im „Gehäuse zum neuen Welt“ von abends 6 Uhr ab ausbezahlt wird.

Weiter machen wir nochmals auf den von den vereinigten Gewerkschaften gefassten Beschluß aufmerksam, wonach jeder zugewiesene Kollege verpflichtet ist, das fällige Arbeitsamt in Anspruch zu nehmen, damit wir auch dieses Jahr ein genaues Bild über die Arbeitslosigkeit erhalten.

Die Ortsverwaltung der Zählstelle Eßlingen.

Zentral-Komitee und Sterbepflicht der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

(E. S. Nr. 91 Hamburg)

In der Sitzung des Vorstandes am 22. Oktober 1902 sind die folgenden Mitglieder, deren Zustand unbekannt ist, nach § 6 a des Statuts als zur Seite ausgeschloffen worden: H. Born 28562, E. Schild 16705, L. Denere 28658, L. Schlichter 6681, A. Hagedorn 20698, S. Marx 8222, S. Matern 10727, A. Rollen 10742, A. Rüd 10757, B. Seil 10759, A. Fröh 10761, J. Simon 14214, A. Fröh 20104, C. Rübte 7781, A. Gullig 12848, C. Wegener 12877, G. Schröder 18178, S. Wölmer 12449, C. Dame 18547, S. Wles 28288, R. Franke 28976, C. Dürr 2426, C. Kolbe 568, H. Jäger 13867, J. Hansen 18976, J. Amshoven 18979, S. Weerhorst 18980, H. Zehnrich 18981, Otto Kirch 4408, Vol. Paul 28872, W. Heule 28188, C. Müller 6446, Joh. Werke 7495, A. Zaubert 4487, H. Kaufmann 21536, H. Wolf 6172, P. Höner 17287, C. Schwarz 7029, B. H. Hord 7080, Hob. Wold 7082, H. V. V. 7056, Jul. Zander 5692, Paul Wagner 14422, Carl Rittmann 17561, R. Werner 1425, Carl Zehnrich 8343, J. Stegmeier 17871, C. Gieseler 22409, A. Kraus 28077, B. Middelhof 593, Carl Zehnrich 2888, Carl Hübich 15928, S. Rumpmann 5762, Gust. Jansons 18638, W. Schime 4289, G. Hall 18250, B. Hüls 8620, E. Engert 4282, R. Knieß 6202, Fr. Körner 1380, August Broske 11441, C. Engel Midas 18245.

Hamburg, den 1. November 1902.

Jul. Zaffe, Vorsitzender.

Zirkular.

Das Genossenschaftswesen ist in den letzten Jahren in eine neue Periode des Aufschwungs getreten. Auch in Berlin und der Provinz Brandenburg macht sich allenthalben ein wachsendes Interesse für dasselbe bemerkbar. Die unterzeichnete Kommission ist deshalb von den Mitgliedern des Vereins für soziales Genossenschaftswesen in Berlin gebildet worden, um eine planmäßige Regelung der Agitation für die verschiedenen Genossenschaftsarten sowie die Verbreitung von genossenschaftlichen Kenntnissen und Erfahrungen im engeren Kreise anzubahnen. Dieser Zweck beruht die Kommission hauptsächlich durch Vermittlung von geeigneten Referenten für die einzelnen Zweige des Genossenschaftswesens (Konjunktur, Bau-, Haushaltungs-, Kredit-, landwirtschaftliche und andere Genossenschaften) zu erreichen. Wir bitten deshalb Männer und Frauen, die geneigt sind durch agitatorische Vorträge oder durch sachwissenschaftliche Referate auf den juristischen, historischen, volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gebieten der Genossenschaftsbewegung mitzuhelfen zu sein, uns ihre Absichten zugleich mit Angabe des Spezialgebietes, das sie zu bearbeiten gedenken, zur Verfügung zu stellen. Zugleich fordern wir die Genossenschaften, Volksbildungs-, Handwerker- und Frauenvereine, vor allem aber auch die beruflichen Arbeitervereinigungen aller Richtungen auf, die Vermittlung der Kommission auch ihrerseits recht häufig in Anspruch zu nehmen. Sämtliche Zuschriften erbiten wir an den Schriftführer der Kommission, Herrn W. Goppo, Berlin NW, Spencierstr. 28, Telefon-Nr. 11 Nr. 2655.

Die Agitations-Kommission des Vereins für soziales Genossenschaftswesen in Berlin.

Lily Braun, Paul Göhre, Max Goppo, Franz Jmlc, Ernst Zopf.

Litterarisches.

Die „Fachzeitschrift Schuhm.-Fachbl.“

Nr. 21 ist erschienen und hat folgenden Inhalt: Zur Beilage. — Winterhausschuhe und bergische. — Reueisen. — Die fabrikmäßige Herstellung von Naharbeit sowie Dekorationsarbeiten und deren Bedeutung für das Handwerk. (Schluß.) — Schiffer- und Fischerhiesel. — Die Lichtarbeit. — Wasserfestes Schuhwerk. — Das Fußgelenk der farbigen Leder. — Ueber den Nachbau. — Zwangsinnung. Freie Innung. Fachliche Vereinigung. — Geschäftliche und Personal-Nachrichten. — Umhau auf dem Gebiete der Erfindungen. — Verzeichnis. — Weberberichte. — Geschäftliche Fragen und Antworten. — Briefkasten. — Die Kalkulation. — Aus den Kreisen des Handwerks.

Schuhmacher-Kalender. Es war jedenfalls ein ganz guter Gedanke, den bisher alljährlich erschienenen Arbeiter-Kalender insofern umzugestalten, als die Ausstattung für die einzelnen Berufe mit einem besonderen Inhalt versehen wurde. Unser Schuhmacher-Kalender repräsentiert sich deshalb auch ganz vorzüglich und dürfte deshalb sowohl dem Geschmack als der Tendenz nach den Beifall der Kollegen finden. Vor allen Dingen ist derselbe praktisch. Aus dem reichen Inhalt haben wir hervor: Kalendarium und Geschäftskalender, Geschäftliches zur Einweihung der Organisation der Schuhmacher, der Verein deutscher Schuhmacher, die Schritte unserer Fachblätter, Adressen der Vorstände, Agitations-Kommissionen, Arbeitersekretariate etc., internationaler Verkehr der Schuhmacher, biographische Notizen. Das ist allerdings nur ein Bruchteil des Inhalts. Möge jeder Kollege sich nicht nur den Kalender anschaffen, sondern auch weitere Abnehmer gewinnen. Der Kalender ist durch den auf unsern Beruf bezüglichen Inhalt zugleich ein gutes Agitationsmittel. Der Kalender ist von dem Vorstand (H. Simon-Rinow, Wögel-dorferstr. 10) in Partien zu 40 Pf. das Stück, einzeln mit 60 Pf. incl. Porto zu beziehen.

Ges. gegen Krankheitsgefahr! Von Dr. J. Jabel und Dr. M. H. L. L. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Den vor 12 Jahren zum ersten Mal erschienenen ärztlichen Ratgeber, bedeutend erweitert und umgearbeitet, in 5. Auflage, hat die Buchhandlung Vorwärts herausgegeben. Auf dem Boden wissenschaftlicher und vielfachiger ärztlicher Erfahrung und vom Standpunkt der bakteriologischen Forschungsergebnisse der modernen Hygiene haben die beiden Ärzte all das in gemeinverständlicher Form zusammengestellt, was mit Bezug auf Krankheitsvermeidung und Verhütung der Erkrankung, insbesondere ansteckende Erkrankungen der Einzelne und speziell jeder Arbeiter wissen und beachten muß, um sich und seine Familie, seine Mitarbeiter und seine weitere Umgebung vor Krankheits-Gefahren zu schützen.

Die Verfasser erörtern in einzelnen Kapiteln: Anheftung durch die Atemorgane, durch die Verdauungsorgane, durch die Haut, durch die Geschlechtsorgane, wie die Anheftung erfolgt und zeigen, wie man sich vor dieser Anheftung schützen kann und was sich bei erfolgter Anheftung verhalten soll. Besonders Ausführliches für Frauen bilden den Schluß des Schriftchens. Das Studium des nur 20 Bfg. fassenden Ratgebers kann jedem Arbeiter nur dringend ans Herz gelegt werden. Zu beziehen durch die Buchhandlung, sowie den Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstr. 69.

Das sechsen herausgegebene **Wahamer Paritätstags-Protokoll**, das als Anhang den Bericht über die **Paritätstags-Sitzung in München** enthält, bringt die ausführlichen Verhandlungen über die Arbeiter-Verzinsung, die Kommunalpolitik, das Referat Nebels über die bevorstehende Reichstagswahl, die Debatte über die Neue Zeit und ist darum von besonderer Bedeutung für die Parteigenossen. Der im Protokoll enthaltene ausführliche Tätigkeitsbericht der Reichstagsfraktion ist in diesem Jahre für die Agitation nicht zu unterschätzen, da der Bericht Auskunft über alle Fragen gibt, die die Reichstags im letzten Jahre beschäftigt haben. Ein Sprechtagebuch, sowie ein ausführliches Sachregister erleichtern das Nachschlagen der einzelnen Verhandlungen.

Wir empfehlen daher allen Genossen die Anschaffung des Protokolls, das wie im Vorjahre 60 Bfg., gebunden 90 Bfg. kostet.

Briefkasten.

Gpp. u. Prüfe. Wir sind zwar auf diesem Gebiet keine Autorität, doch ist der Ratgeber sicher dem Organismus noch schädlicher als das Rauchen. Die Menge des Nicotins hängt von der Sorte des Tabaks ab.

Mitglieder-Versammlungen

finden statt in:

- Altenburg am Montag, den 10. Nov., abends 8 1/2 Uhr im „Schwarzen Adler“, Kesselgasse 19.
- Altona am Montag, den 10. Nov., abends 9 Uhr bei Herrn Geil, Al. Freiheit 87.
- Barmbeck am Mittwoch, den 12. Nov., abends 9 Uhr bei Herrn A. Michel, Hamburgstr. 161.
- Braunschweig am Montag, den 10. Nov., abends 9 Uhr im „Gewerkschaftshaus“, Werder 82.
- Bremerhaven am Montag, den 10. Nov., abends 8 1/2 Uhr im „Gasthof zur Eiche“, Langestraße.
- Charlottenburg am Montag, den 10. Nov., abends 8 1/2 Uhr im „Volkshaus“, Rosenstr. 8.
- Crefeld am Sonntag, den 9. Nov., vormittags 11 Uhr im Lokal Schwanmer, Breitestr. 25.
- Danzig am Montag, den 10. Nov., abends 8 Uhr bei Herrn Ch. Schab, Fischmarkt 6.
- Elmsborn am Sonnabend, den 8. Nov., abends 8 Uhr bei Herrn Krause, Flammweg 89.
- Groß Lichterfelde am Montag, den 10. Nov., abends 8 1/2 Uhr bei Herrn Rahn, Neue Dorfstr. 7.
- Hierlohn am Sonntag, den 16. Nov., abends 8 Uhr im Lokal des Herrn Gehring, Graefenstr. (Vortrag).
- Karlsruhe am Montag, den 10. Nov., abends 8 1/2 Uhr im Lokal „Zum Storch“, Gartenstr. 4.
- Kiel am Montag, den 10. Nov., abends 8 1/2 Uhr im „Englischen Garten“.
- Leonberg am Sonntag, den 10. Nov., nachmittags 3 Uhr im Lokal „Zur Post“.
- München am Sonnabend, den 15. Nov., abends 8 Uhr im Restaurant „Zum Arnt“, Frauenplatz 6.
- Münster am Montag, den 10. Nov., abends 8 Uhr im „Gedonen Wäcker“, Büschmannsplatz.
- Münster am Montag, den 11. Nov., abends 8 Uhr in der „Sängerhalle“, Hummelsteinerweg.
- Dittenen am Montag, den 10. Nov., abends 8 1/2 Uhr bei Herrn Künze, Rainstraße.
- Posen am Montag, den 10. Nov., abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Karl Berndt, Tiergartenstr. 10.
- Regensburg am Montag, den 10. Nov., abends 8 Uhr im „Wahhaus zum goldenen Ritter“.
- Rosheim am Montag, den 10. Nov., abends 1/2 Uhr im Lokal „Bettinshöhe“.
- Schmolln am Sonntag, den 9. Nov., nachmittags 3 Uhr im Vereinslokal.

Anzeigen.

Strausberg am Sonnabend, den 15. Nov., abends 8 1/2 Uhr im Lokal Franz Magnus, Wilhelmstr.

Wiesbaden am Montag, den 10. Nov., abends 8 1/2 Uhr bei Herrn Koop, Hermannstr. 6.

Öffentliche Versammlungen.

Stadtilm am Montag, den 17. November, abends 8 Uhr im Schulens Salon.

Reifen am Montag, den 10. November, abends 1/2 9 Uhr in der „Weintraube“.

Das beste, das sicherste und leicht verständlichste System zur Erlernung des Zuschnittens u. Mod. Alerens der in der Schuh- und Schäftfabrikation notwendigen Modelle ist das

Triumphsystem.

Preis 4,30 Mk. inklusive Porto, mit Stiffmodellen 8 Mk.

Zahlreiche Anerkennungen und Lobende Beurteilungen beweisen die Vorzüglichkeit des Buches.

Verlag der „Fachzeitschrift“ in Gotha.

Werkzeuge, prima Qualität, für Hand- und mechanischen Betrieb.

Spezialität: Schwedische Messer, versch. Facons, kleine Niederlage schwedischer Brenngeräte.

E. Vögler, Berlin N., Lothringenstr. 22.

Langjähriges Mitglied des Vereins d. Schuhmacher.

Man verlange neuestes Kutterbuch nebst Preisliste gratis u. franko.

Redaktion, Druck und Verlag von E. Bock in Gotha.

Anleitung für Schuhmacher

zum Entwerfen von Mustern nach geometrischen Systemen.

Zum Selbstunterricht mit 24 Tafeln und 23 in den Text gedruckten Abbildungen.

Preis broschiert nur 3 Mark.

Zu beziehen durch die Expedition der „Fachzeitschrift“ in Gotha.

Hannoversche Schuhmacher-Lehranstalt Modell-Winkel nebst Anleitung für jeden Schuhmacher unentbehrlich von

August Köster, Hannover, Fachlehrer in den staatlichen Meisterkursen.

Schuhwaren-Geschäft.

Kleines, gut gelegenes Schuhwaren-Geschäft mit Reparat. Werkstatt, mit sehr guter Kundenwahl, in besser Lage, bei billiger Miete, nach Faktura zu verkaufen. Erforderlich sind 2500 Mk.

Briefe unter B. H. J. postlagernd Wunschen, Postamt 14.

Dresdener Volkshaus

Niksenbergstraße 2 — Marktstraße 13.

Zentralverkehr der Gewerkschaften.

Hoteldirektion von 75 Bfg. bis 175 Mk.

Herbergsbetten von 40 Bfg. an mit Baden-Beheizung.

Angenehme Räume mit guter Ventilation.

Biere nur aus ersten Brauereien.

Großer Saal, kleine Säle und Sitzungszimmer.

Allen Kollegen in Frankfurt a. M. ein herzliches Begehren bei meiner Abreise nach Greiz l. B. E. W. Fischer.